

Einleitung

In der Stadtverordnetenversammlung am 18. Juli 2023 wurde über einen gemeinsamen Antrag zum temporären Stopp des Umbaus der Frankfurter Straße abgestimmt, der von den Fraktionen Kombi, Freie Wähler, FDP und SPD sowie vom Stadtverordneten der Linken/OL eingebracht wurde. Man wollte damit Zeit gewinnen, um eine bessere Lösung, vielleicht sogar im Rahmen eines Mobilitätskonzeptes, zu finden. Wir haben diesen Ansatz unterstützt. Vor dem Eingang der Riedhalle in Dornheim verteilten wir Flyer, was einige Stadtverordnete ein wenig irritierte, da man eine derartige „Einmischung“ wohl nicht gewohnt ist und sie auch nicht möchte.

Bei der Debatte gegen 22:00 Uhr waren einzelne Redebeiträge aus unserer Sicht nicht immer kohärent. **Wir möchten „Mischverkehr“ mit gegenseitiger Rücksichtnahme, eine Reduzierung des Kfz-Durchgangsverkehrs sowie die Einbettung des Umbaus in ein Mobilitätskonzept – alle drei Elemente gehören zusammen!**

Als Gegner des Antrags erklärte Herr Hartmann (CDU), dass die einzige Alternative zum sofortigen Umbau, die Schließung der Frankfurter Straße für den Kfz-Verkehr sei. Herr Lohmar (Grüne) sekundierte ihm mit der Aussage, dass es „aus gesetzlichen Gründen“ keine andere Lösung gäbe. Bei der Abstimmung votierten die Antragstellenden sowie der Stadtverordnete der AfD für den Antrag, die Fraktionen der CDU und der Grünen (mit Ausnahme eines Stadtverordneten) dagegen. Das Ergebnis war ein Patt von 18:18 Stimmen, womit der Antrag abgelehnt war. Unser bisheriges Engagement halten wir trotzdem für erfolgreich:

- Die Diskussion über Stadtentwicklung und Mobilität wird in den nächsten Monaten sicherlich nicht verstummen, wir können hier aktiv mitwirken und Impulse setzen.
- Die Bauarbeiten kurz vor den Wahlen am 8. Oktober 2023 werden uns zusätzlich eine gute Gelegenheit bieten, unsere Positionen in die Öffentlichkeit zu tragen und die lokale Verkehrspolitik der CDU und der Grünen zu kritisieren.
- In der Stadtverordnetenversammlung vollzog sich in den letzten Wochen ein Wandel in Richtung unserer Positionen, wir haben neue Verbündete gewonnen und unser Netzwerk erweitert.
- Dreiviertel der uns bekannten vier Bürgermeisterkandidaten sprachen sich gegen den vorgesehenen Umbau aus.

Stellungnahme

Wir begrüßen die Debatte in der Stadtverordnetenversammlung zu den von uns abgelehnten Umbauplänen mit einer *Asphaltpiste* vor dem Historischen Rathaus. Sprecher unterschiedlicher Parteien haben eingeräumt, beim im März 2023 erfolgten Erstbeschluss für eine Trennung der verschiedenen Verkehre und den Asphaltbelag die Komplexität der Thematik *Frank-*

furter Straße hinsichtlich einer modernen Nahmobilität nicht vollständig überblickt zu haben. Aufgefallen ist uns, dass manche Rednerinnen und Redner unsere zentralen Argumente und Überlegungen etwas durcheinandergebracht haben. Wir möchten daher unsere Haltung präzisieren:

1. Eine Sperrung des Kfz-Verkehrs nach Norden steht nicht zur Debatte. Allerdings sind wir für die „Einhegung“ des innerstädtischen Autoverkehrs, insbesondere für die Reduzierung des Durchgangsverkehrs. Dies darf aber nicht zu einer Verlagerung in Nachbarstraßen wie z.B. Walther-Rathenau-Straße führen. Wir sind nicht weltfremd und verlangen nicht eine komplett *autofreie* Kreisstadt. Wir fordern eine intelligente Begrenzung des unaufhörlich wachsenden Kfz-Aufkommens und eine Verlangsamung der Fahrgeschwindigkeiten in der Innenstadt. Wir wenden uns gegen eine Rückkehr zu einer völlig aus der Zeit gefallen innerstädtischen Dominanz des Autos und gegen eine neue Asphaltfahrbahn mit eingebauter Einladung zum Schnellfahren.
2. Die vorhandene Mischverkehrsfläche am Rathaus hat sich insofern bewährt, als sie sich **gerade nicht** zum Unfallschwerpunkt entwickelt hat: Die allermeisten Verkehrsteilnehmer fahren hier vorsichtig und rücksichtsvoll, gerade weil nicht alles detailliert geregelt ist und es keine Trennung der Verkehre gibt. Sie akzeptieren größtenteils die Gestaltung dieser Fläche mit einer Pflasterung, die unbestreitbar sehr beliebt ist und die Aufenthaltsqualität verbessert. Nach unserem Eindruck möchte die Mehrheit der Stadtgesellschaft diese Situation beibehalten – wir auch.
3. Die von den Befürwortern des sofortigen Umbaus mit dem Ziel einer *Verkehrstrennung* angeführten Argumente sind juristisch keinesfalls zwingend und sie überzeugen uns nicht: Moderne innerstädtische Nahmobilitätskonzepte werden anderenorts sehr wohl **rechtskonform** und erfolgreich auf derartigen *Mischverkehrsflächen* praktiziert.
4. Unser Haupteinwand gegen eine übereilte Umbaumaßnahme zum gegenwärtigen Zeitpunkt ist jedoch das noch immer **fehlende Gesamtkonzept** für eine zukunftsweisende *Nahmobilität* (vgl. Pkt. 5). Ohne ein Konzept, das natürlich nicht isoliert von der gewünschten Stadtentwicklung erstellt werden kann, bleibt jede Einzelmaßnahme Stückwerk.
5. Ein modernes Nahmobilitätskonzept müsste die Menge sowie die gefühlte Bevorrechtigung des Kfz-Verkehrs begrenzen **ohne** jemanden schikanieren, belehren oder erziehen zu wollen. Es müsste die *Gleichberechtigung* von Fuß-, Rad- und Kfz-Verkehr auf eine Weise verdeutlichen, die in den unterschiedlichen Milieus der Stadtgesellschaft jeweils mitgetragen werden kann. Das Konzept sollte auch Anreize vorschlagen, das eigene Mobilitätsverhalten zu überdenken und ggf. zu ändern, um den allseits akzeptierten neuen Bedürfnissen wie bessere Aufenthaltsqualität, Verkehrssicherheit und Komfortsteigerung für **alle** Verkehrsteilnehmer Rechnung zu tragen. Der künftigen Gestaltung der Frankfurter Straße kommt hierbei eine besondere Rolle zu.
- 6. Die Stadtverwaltung darf nicht länger zögern, sondern sie muss die von der Stadtverordnetenversammlung bereits beschlossene Erstellung eines Nahmobilitätskonzeptes endlich in Auftrag geben!**